Lieber auf Distanz gehen

T möchte aus einem nicht näher bekannten Grund die Geschwister Y, X und Z töten. Dazu hat sie folgenden Plan in die Tat umgesetzt: An jedem Wagen eines Geschwisterkindes (also am Wagen der X, an dem des Y und an dem des Z) bringt T je eine selbstgebastelte Autobombe an. Diese wird durch das Drehen des Zündschlüssels im Schloss gezündet und hat eine so kleine und präzise Sprengladung, dass sie niemand bei richtiger Montage anderen als den Fahrer gefährdet. Dabei läuft jedoch einiges schief:

Die Autobombe, die sich an dem Wagen der X befindet, wurde versehentlich falsch angebracht, so dass sie nicht die X, sondern den danebenstehenden O tötet, als X den Zündschlüssel herumdreht.

X leiht sein Fahrzeug, was er ab und an mal tut, der P, die, als sie den Zündschlüssel im Schloss umdreht, an der Explosion stirbt.

Und auch die Bombe, die Z treffen sollte, trifft den Falschen: Z lieh seinem Freund F nämlich ausnahmsweise den Wagen für eine Fahrt, so dass F starb, als er die Bombe unwissentlich aktivierte. Sonst war Z immer so stolz auf seinen Wagen gewesen, dass er ihn nie weitergegeben hat und eine Weitergabe sonst immer absolut ausgeschlossen war – dies wusste T.

Nachdem T merkt, dass seine Versuche alle nicht funktioniert haben, entwickelt sie einen neuen Plan: Nun versteckt sie je eine Bombe mit Zeitzünder in dem Wohngebäude von Y und X sowie einen in der Wohnung des Z. Diese sollen zu einer Zeit hochgehen, in der die Geschwister bei sich zuhause sind. X und Y sind jedoch spontan feiern gegangen, so dass die Bombe nicht sie, sondern die Nachbarin E tötet. Dass die umliegenden Nachbarn ebenfalls sterben könnten, hat T in Kauf genommen; wer dies genau ist, wusste er jedoch nicht.

Auch die Tötung des Z schlägt erneut fehl: Aufgrund eines Fehlers im Zeitzünder explodiert die Sprengladung einige Stunden zu früh und tötet den Zeitungsjungen R, der gerade dabei war, die Zeitungen auszuteilen.

Hat T sich gem. § 212 I an O, P, F, E und R strafbar gemacht?

(Für alle, die im ersten Semester die mittelbare Täterschaft prüfen wollen: Vergessen Sie im ersten Semester vollkommen, dass es Beteiligungskonstellationen gibt. Diese werden nicht in der Abschlussklausur abgefragt, wenn sie kein Thema der Vorlesung waren – und das sind sie typischerweise im ersten Semester nicht.)

Lösungsvorschlag:

Hinweis: Dieser Lösungsvorschlag ist anders als die anderen nicht „klausurerprobt“ - bedeutet: Ich habe noch nie eine Klausur mit einem Distanzdelikt geschrieben und somit noch nie eine Rückmeldung bekommen, ob meine Ideen gut oder schlecht sind. Da einige von Ihnen nach Distanzdelikten gefragt hatten, will ich dennoch mal versuchen, eine klausurtaugliche Lösung zu konzipieren.

- I. § 212 I an O, indem sie die Autobombe am Wagen der X installierte.
 1. Objektiver Tatbestand (+)
 2. Subjektiver Tatbestand
 - T wollte, dass ein Mensch stirbt
 - (O) Sie wusste nicht, dass dies der O sein wird, sondern dachte, es sei der X.
 - Insoweit könnte sie einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum gem. § 16 I 1 befunden haben.
 - *Im Vorsatz alle Irrtümer immer mit § 16 I 1 einleiten! Dies wird oftmals in der Ausbildungsliteratur ungenau gemacht und die Probleme fernab vom Gesetz besprochen, zieht die Note in der Klausur bei einem Normalfall (!) einer derartigen Herangehensweise (also ohne § 16 I 1, sondern einfach „irgendwie“) aber merklich nach unten! Beim schwierig zu formulierenden Distanzdelikt wird dies anders zu beurteilen ein – nennen Sie dennoch § 16 I 1, um zu zeigen, dass Sie wissen, dass Irrtümer im Vorsatz eben über diesen § laufen.*
 - *Zur Erinnerung: Ein Irrtum nach § 16 I 1 ist in zwei Schritten zu prüfen: 1. Welchen Umstand kennt T nicht? 2. Gehört dieser Umstand zum gesetzlichen Tatbestand?*
 - Der Umstand, den sie nicht kannte und der zum gesetzlichen Tatbestand des § 212 I gehören muss, war, dass die Bombe nicht den Fahrer, sondern einen Dritten treffen wird. Fraglich ist, ob dies ein Umstand iSd § 16 I 1 ist oder einen unbeachtlichen Irrtum darstellt.
 - *Diesen letzten Obersatz habe ich einfach deshalb gewählt, weil mir gerade kein kluger Weg einfällt, wie ich diesen Streit hier sonst bringen und die Besonderheit des Distanzdeliktes herausarbeiten soll.*
 - Einerseits kann man darauf abstellen, dass jedes Leben gleichwertig ist, so dass es unbeachtlich sein könnte, ob O oder X sterben, so dass ein Irrtum darüber, wer genau stirbt, auch bei einem von der Vorstellung des Täters abweichenden Kausalverlauf im Rahmen des § 212 I unbeachtlich bleiben muss. Diese Gleichwertigkeit würde nach der Gleichwertigkeitstheorie damit nicht zum Entfall des Vorsatzes, mithin bei Vorliegen aller anderen Voraussetzungen des § 212 I zur Strafbarkeit führen.

- Andererseits ist jedoch auch der konkrete Vorsatzes der T zu betrachten. T wollte gerade nicht, dass irgendein Mensch stirbt, sondern hat ganz konkret die X in Visier genommen und ihren Vorsatz auf sie konkretisiert. Dies würde bei der Bestrafung wegen vollendeten Delikts, wie etwa bei der Anknüpfung an die Gleichwertigkeit, nicht hinreichend berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist die Tötung des O sozial eine völlig andere Tat, so dass auch dessen Unrecht in der Strafbarkeit des Täters abgebildet werden muss. Zudem kann der Täter, der seinen Vorsatz auf eine bestimmte Person konkretisiert hat und gerade niemand anderen gefährden wollte, nicht gleich einem Täter behandelt werden, der einfach nur irgendeinen Menschen töten wollte. Die Konkretisierung des Vorsatzes muss daher maßgebliche Berücksichtigung finden, so dass der Konkretisierungstheorie zu folgen ist.
- Folgeproblem *und das besondere des Distanzdeliktes, das unbedingt angesprochen werden sollte*: Hat T ihren Vorsatz wirklich auf X konkretisiert? Immerhin hat sie ihn nicht sinnlich wahrgenommen.
 - E.A.: Es ist auf die Vorstellung des Täters über die Identität abzustellen.
 - Damit hat sie ihren Vorsatz auf X konkretisiert, daher Fehlgehen der Tat nach Konkretisierungstheorie, also § 16 I 1 (+), aberratio ictus
 - (+) [also für diese Ansicht]: Im Ergebnis passt dies aufgrund der Vergleichbarkeit dieses Falle und des typischen Falles des aberratio ictus.
 - Aber: Argumente, die vom Ergebnis her denken, sind keineswegs ausschlaggebend.
 - (-) [also gegen diese Ansicht]: Dies würde dazu führen, dass allein die Vorstellung des Täters von der Tat maßgeblich ist; dies ist systematisch im Versuch angesiedelt, jedoch kein Blickwinkel der Vollendungsdelikte. (Man könnte auch das Argument des verbotenen „Gesinnungsstrafrechts“ anführen, soweit man dies für überzeugend hält.)
 - a.A.: Eine Konkretisierung ist mangels sinnlicher Wahrnehmung nicht möglich.
 - Damit keine Konkretisierung iSd Konkretisierungstheorie, damit §16 I 1 (-), error in persona
 - (+): Der Täter, der ein unsicheres Mittel verwendet, trägt

das Risiko, dass seine Individualisierung schief läuft

- *Hinweis: Dieses Argument ist sehr stark, weshalb ich ihm folge. In der Klausur würde ich das dadurch klar machen, dass ich noch mehr hierzu ausformuliere – die besten Ideen kommen da unter dem Druck der Klausursituation ;)*
- Es ist der zweiten Ansicht zu folgen. T konkretisierte seinen Vorsatz nicht hinreichend auf Y.
 - ABER Vorsicht! Eine Konkretisierung dürfen wir hier nicht außer Acht lassen:
 - T konkretisierte seinen Vorsatz jedoch darauf, dass ausschließlich derjenige, der auf dem Fahrersitz sitzt, stirbt. Damit konkretisierte er das Opfer so weit, dass es ausschließlich derjenige sein soll, der den Zündschlüssel umdreht – und gerade nicht derjenige, der neben dem Wagen steht. Diese Konkretisierung muss beachtlich sein, um dem Vorsatz der T hinreichend Rechnung zu tragen.
- T unterlag mit dem Fehlgehen der Tat als sogenannte aberratio ictus somit einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum gem. § 16 I 1, mithin handelte sie ohne Vorsatz.
 - *Zugegeben: Vom Prüfungsaufbau ist dies nicht zu 100% sauber: Zwar leite ich mit § 16 I 1 ein, doch irgendwie hat die Lösung nicht mehr viel mit diesem zu tun. Eine überzeugendere Formulierung anhand des § 16 I 1 ist mir gerade nicht eingefallen und – wie gesagt – in Klausuren habe ich es noch nie erprobt, wie dies funktioniert. Ich denke jedoch, dass das auch so gut vertretbar ist und Ihnen alleine aufgrund der differenzierten Argumentation Punkte geben würde; zumal hiermit alles wichtige angesprochen und diskutiert ist. Im ersten Semester muss mE auch dieser Aufbau positiv bewertet werden, denn sehr stark ins Gewicht fällt, dass Sie überhaupt das Problem „Gleichwertigkeit oder Konkretisierung“ im ersten Schritt und „Konkretisierung überhaupt möglich mangels sinnlicher Wahrnehmung“ im zweiten Schritt gesehen und geprüft haben! Oftmals ist der größte Minuspunkt in Klausuren nämlich derjenige, dass über ein Problem kein Wort verloren wurde – sprechen Sie die Probleme also auch dann an, wenn Sie gerade keine Ahnung, mit welchen Formulierungen; das wird für die Note nur helfen!*

3. Ergebnis: Strafbarkeit gem. § 212 I an O (-)

II. § 212 I an P, indem sie die Autobombe am Wagen des Y installierte.

1. Objektiver Tatbestand

- Erfolg (+)
- Kausalität (+)
- Objektive Zurechenbarkeit (+), insb. nicht atypisch und mangels Kenntnis um den Sprengsatz auch keine freiverantwortliche (=eigenverantwortliche) Selbstschädigung.

2. Subjektiver Tatbestand

- T wollte, dass ein Mensch stirbt
 - (O) Sie wusste nicht, dass dies die P sein wird, sondern dachte, es sei der Y.
 - Insoweit könnte sie sich in einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum gem. § 16 I 1 befunden haben.
 - Umstand, den sie nicht kennt, war, dass der Wagen der P und nicht dem Y gehört, so dass P und nicht Y den Zündschlüssel umdrehen wird.
 - (O) Konkretisierte sie ihren Vorsatz überhaupt auf die Tötung des Y?
 - Vgl. oben: Eine Konkretisierung ist mangels sinnlicher Wahrnehmung nicht möglich, daher gibt es keinen Vorsatz auf eine ganz bestimmte Person, der mit der Konkretisierungstheorie zu beachten wäre.
 - Vielmehr wollte T beim Installieren der Bombe, dass derjenige, der auf dem Fahrersitz sitzt, stirbt. Dies ist mit der Explosion, die die P auf dem Fahrersitz traf, auch so geschehen. Damit ist das eingetreten, auf das der Vorsatz erstreckt war, mithin befand T sich nicht in einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum.
 - § 16 I 1 (-)
 - Irrtum unbeachtlich
 - T handelte wissentlich und willentlich, mithin vorsätzlich (+)

3. Rechtswidrigkeit, Schuld (+)

4. Ergebnis: Strafbarkeit gem. § 212 I an P (+)

III. § 212 I an F, indem sie die Autobombe am Wagen des Z installierte.

1. Objektiver Tatbestand (+)

2. Subjektiver Tatbestand

- T wollte, dass ein Mensch stirbt
 - (O) Sie wusste nicht, dass dies der F sein wird, sondern dachte, es sei der Z.
 - Insoweit könnte sie einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum gem. § 16 I 1 befunden haben.
 - Umstand, den sie nicht kennt, war, dass die Bombe nicht den Z, sondern einen Dritten treffen wird.
 - Mit Konkretisierungstheorie ist wieder auf den auf eine Person

konkretisierten Vorsatz abzustellen, wobei mangels sinnlicher Wahrnehmung eine derartige Konkretisierung grundsätzlich nicht möglich ist.

- Aber (!): Hier vielleicht doch möglich? Zwar hat T den Z nicht sinnlich wahrgenommen, jedoch war es für T ausgeschlossen, dass ein anderer als der Z einsteigt und stirbt. Daher:
- Beim Installieren der Bombe war T sich sicher und konnte davon ausgehen, dass das Opfer Z sein wird. Sie visierte Z gerade an und verwechselte nicht nur, wer in den Wagen einsteigen wird. Aufgrund der Sicherheit, dass Z den Schlüssel zu seinem Wagen nicht herausgeben würde, so dass der F nicht in den Wagen einsteigen und sterben könnte, ist dies anders zu bewerten als in dem Fall, in dem grundsätzlich jeder Fahrer des Wagens sein und von der Bombe getroffen werden kann. Es gibt damit gerade nicht mehr Risiko der Identitätsverwechslung als beim Zielen auf eine anwesende Person. Das Installieren der Bombe an dem Wagen des Z ist damit wertungsmäßig dasselbe wie das Zielen auf einen Menschen, der vor sich steht.
 - *Hinweis: Die Tötung der P und die des F sind mE zwei völlig verschiedene Fälle (auch, wenn es im ersten Moment beim Lesen des Sachverhaltes nicht so klingt): T konkretisierte ihren Vorsatz bei der Tötung der P auf den Fahrer des Wagens des Y. Bei dem Anbringen der Autobombe an den Wagen des Z konkretisierte sie ihren Vorsatz aber noch stärker auf Z, indem sie ausschloss, dass überhaupt irgendein anderer mit dem Wagen fährt. Bei dem Wagen des Y konnte sie hiervon nicht ausgehen; vielmehr war ihr Vorsatz darauf erstreckt, dass die erste Person, die einsteigt, auch stirbt, ohne dass sie sicher ihr konnte, dass dies auch wirklich Y ist. Es ist damit nur sachgerecht, diese unterschiedlichen Fälle auch unterschiedlich zu behandeln.*
 - *a.A. Natürlich wieder gut vertretbar, wie so oft in juristischen Fällen. Die Hauptsache ist, dass Sie das Problem sehen und argumentieren!*
 - Damit konkretisierte T ihren Vorsatz doch auf Z, so dass ein beachtlicher Vorsatz vorliegt und damit nach der Konkretisierungstheorie ein beachtlicher Irrtum gem. § 16 I 1.
- T handelte somit ohne Vorsatz.

3. Ergebnis: Strafbarkeit gem. § 212 I an F (-)

IV. § 212 I an E, indem sie die Bombe mit Zeitzünder im Haus des Y und der X installierte.

1. Objektiver Tatbestand (+)
 2. Subjektiver Tatbestand
 - Unproblematisch (+): T hat den Tod der Nachbarn in ihren Vorsatz mit aufgenommen; dass sie deren Identität nicht kennt, ist kein objektiver Tatumstand, mithin völlig unbeachtlich. T hat den Tod der Nachbarn für möglich gehalten und zumindest billigend in Kauf genommen, mithin handelte sie wissentlich und willentlich hinsichtlich des Todes der E, demnach vorsätzlich.
 3. Rechtswidrigkeit, Schuld (+)
 4. Ergebnis: Strafbarkeit § 212 I an E (+)
- V. § 212 I an R, indem sie die Bombe mit Zeitzünder in der Wohnung des Z installierte.
1. Objektiver Tatbestand (+)
 2. Subjektiver Tatbestand
 - Sie wollte, dass Z und die Nachbarn sterben.
 - *Hier sind zwei Probleme in einem: T dachte, dass die Bombe erst ein paar Stunden später explodiert (un/wesentliches Abweichen vom Kausalverlauf?) und sie dachte, Z und Nachbarn und nicht R als Zeitungsjunge würde sterben. Beides könnten Irrtümer iSd § 16 I 1 sein. Ich beginne mit dem zuletzt angesprochenen, da ich jetzt schon weiß, dass nach meiner Lösung – wenn der Vorsatz nicht auf den R erstreckt ist – eine andere Bewertung der Tat vorliegt und damit das Abweichen vom Kausalverlauf wesentlich ist. Wenn T aber sowieso auch den Tod des R in Kauf genommen hat, ist die Tat mE keine „andere“, so dass das Abweichen unwesentlich ist. Um diese Inzidenzprüfung im zuerst angesprochenen Problem zu vermeiden, ziehe ich das zweite vor.*
 - Wollte sie auch, dass R stirbt? (hier passt die Formulierung „fraglich ist, ob...“, da es wirklich fraglich ist)
 - Wie ist das Schweigen des Sachverhalts zu deuten? Wenn T Vorsatz auf die Tötung der Nachbarn hat, hatte sie dann auch Vorsatz auf die Tötung des Zeitungsjungen, der kein Nachbar ist?
 - ME muss der Täter bei derart gefährlichen Handlungen, bei denen sie zudem weiß, dass andere davon auch betroffen sein können, auch in Kauf nehmen, dass andere Unbeteiligte sterben, daher würde ich das Schweigen so deuten, dass der Vorsatz sich auch auf den Zeitungsjungen/Besuch etc. erstreckt.
 - *a.A. absolut vertretbar! Der BGH nimmt den Vorsatz bei derartigen Fällen oft an; Argument dafür ist die Gefährlichkeit der Handlung: Der Täter kann nicht in die Masse schießen und dann sagen, sie hätte gar nicht gewollt, dass jemand stirbt. So verhält es sich auch hier: Wer etwas in die Luft sprengen will, kann sich nicht damit verteidigen, dass sie ja den Tod anderer nicht wollte. Die*

Gefährlichkeit der Handlung ist ein sehr starkes Indiz dafür, dass der Vorsatz eben doch vorliegt. Aber Achtung: In der Klausur muss noch etwas hinzukommen. Allein aus der Gefährlichkeit kann man in der Klausur nicht auf den Vorsatz schließen; man kann ihn aber wunderbar als starke Indiz heranziehen. Hier kommt hinzu, dass T vorsätzlich die Nachbarn zumindest zu töten versucht hat. Wie soll sie da die Möglichkeit verneint und es nicht billigend in Kauf genommen haben, dass sonst jemand zu Besuch etc kommt und auch davon betroffen ist?

- *Hier könnte auch die Abgrenzung bewusste Fahrlässigkeit und bedingter Vorsatz geführt werden (muss mE aber auch nicht); da das nicht Thema dieses Falles ist, habe ich es einfach mal unterschlagen, insb. da ich ja sowieso vom „billigen in Kauf Nehmen“ ausgehe und der Streitentscheid damit so oder so dahinstehen könnte.*
 - Daher: T hatte auch Vorsatz auf den Tod des R.
 - Wie wirkt sich es sich aus, dass die Bombe zu früh explodierte?
 - § 16 I 1?
 - Umstand, den sie nicht kannte, war der genaue Kausalverlauf
 - Der abweichende Kausalverlauf ist jedoch dann vom Vorsatz umfasst und somit unwesentlich, wenn der Kausalverlauf nicht außerhalb aller Lebenswahrscheinlichkeit liegt und keine andere Bewertung von der Tat zulässt.
 - Außerhalb aller Lebenswahrscheinlichkeit (-)
 - Andere Bewertung der Tat
 - mE (-), da das einzige, was eine andere Bewertung der Tat zulassen würde, wäre, dass R gestorben ist. Ansonsten wäre es ja völlig egal, dass die Bombe zu früh hochging. Dass R stirbt, hat T jedoch in ihren sehr weiten Vorsatz mit aufgenommen (vgl. oben). Deshalb nun den Vorsatz aufgrund des abweichenden Kausalverlaufes abzulehnen, halte ich für widersprüchlich.
 - Damit unwesentliche Abweichung vom Kausalverlauf.
 - Damit § 16 I 1 (-)
 - Somit Vorsatz (+)
3. Rechtswidrigkeit, Schuld (+)
4. Ergebnis: Strafbarkeit gem. § 212 I an R (+)

VI. Gesamtergebnis

- T ist strafbar gem. § 212 I an P, E und R.
- *Anhand der ganzen „mE“ (=meines Erachtens“) erkennen Sie, dass das auch nur*

das ist, was ich in diesem Fall – wäre es eine Klausur – vertreten würde. Andere Ansichten sind damit absolut vertretbar! Diese Lösung ist auch ganz bestimmt an dem einen oder anderen Punkt angreifbar; ich hoffe jedoch, dass Sie einen Eindruck bekommen haben, wie Sie an eine solche Klausur herangehen können!

Unterschrift!